

Ein neuer Maßstab für den Klimaschutz?

REDD+ als Instrument für nachhaltiges Waldmanagement



Impressum

Bonn, Februar 2017

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –

Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-0

info@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank

IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77

BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:

Irene Knoke, Dr. Pedro Morazán

Mitarbeit:

Linda Rohnstock (Kap. 4.3),

Thomas Brose (Kasten S. 18)

Recherche und Redaktion:

Jannik Krone, Vera Schumacher,

Petra Welzel

V.i.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn,

gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Neil Palmer/CIAT/Flickr.com

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜDWIND e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region sowie die Evangelische Kirche im Rheinland.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Gefördert durch:



Inhalt

1	Einführung: Das Konzept REDD+	3
2	Waldzerstörung und Ernährungssituation im globalen Süden	6
3	Waldzerstörung und Konsum im globalen Norden	9
4	Länderbeispiele	10
4.1	Entwaldung und REDD+ in Brasilien	10
4.2	Entwaldung und REDD+ in Indonesien	12
4.3	Entwaldung und REDD+ in Guatemala	14
5	REDD+: Chancen und Grenzen eines Instrumentes	16
6	Schlussfolgerung und Empfehlungen	19
7	Literatur	21

Abkürzungsverzeichnis

COICA	Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica – Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens
FAO	Food and Agriculture Organisation – Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FCPF	Forest Carbon Partnership Facility – Waldkohlenstoff-Partnerschaft der Weltbank
FDN	Fundación Defensores de la Naturaleza – Stiftung der Verteidiger der Natur
GNU-Initiative	Germany, Norway and United Kingdom – Initiative von Deutschland, Norwegen und Großbritannien
ILO	International Labour Organisation – Internationale Arbeitsorganisation
KFCP	Kalimantan Forest and Climate Partnership (KFCP) – Wald- und Klimapartnerschaft von Kalimantan
NRO	Nichtregierungsorganisationen
PPCDAM	Plano de Ação para Prevenção e Controle do Desmatamento na Amazônia Legal – Aktionsplan zum Kampf gegen die Entwaldung am Amazonas
REDD(+)	Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries) – Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (und die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern)
RIA	REDD+ Indígena Amazónico – Indigenes REDD+
SDG	Sustainable Development Goals – Nachhaltige Entwicklungsziele
UN	United Nations – Vereinte Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme – Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change – Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

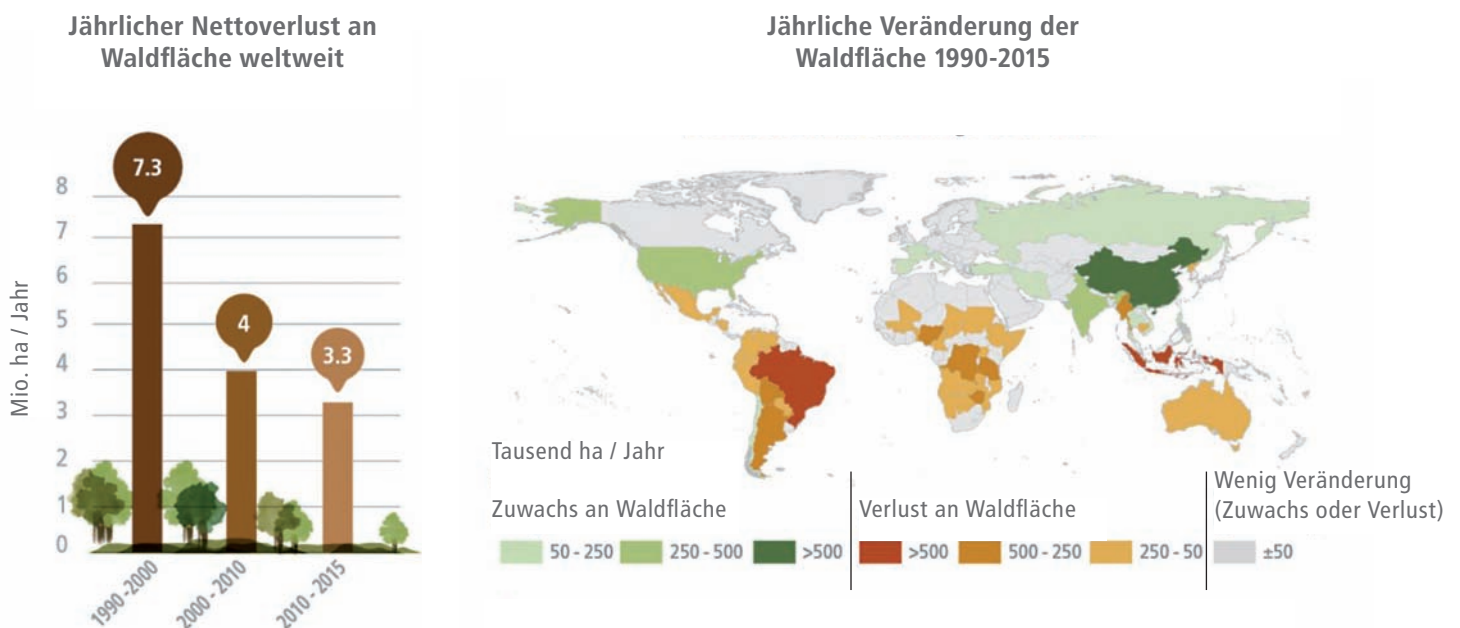
1 Einführung: Das Konzept REDD+

REDD steht für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ (Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung) und ist zu einem wichtigen Bestandteil des internationalen Klimavokabulars geworden. Die Idee dahinter ist zunächst einmal simpel: Entwicklungsländer schützen ihre Wälder besser und vermeiden Abholzung und damit den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂). Können sie nachweisen, dass sie den Wald erfolgreich geschützt haben, erhalten sie von den Industrienationen eine Kompensationszahlung für jede Tonne reduziertes CO₂. Das soll den finanziellen Anreiz für den Schutz der Wälder und deren finanzielles Gewicht in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erhöhen. Auf der 11. UN-Klimarahmenkonferenz (2005) in Montreal gelangte das Instrument auf Initiative Costa Ricas und Neuguineas in den internationalen Verhandlungsprozess. Das Plus (REDD+) wurde im Jahr 2008 nach zum Teil heftigen Diskussionen offiziell hinzugefügt und beinhaltet zusätzlich Aspekte zum Erhalt von Wäldern, die Förderung einer nachhaltigen Waldwirtschaft und ein verbessertes Schutzgebietsmanagement, sowie die Rehabilitierung von Wäldern.

Wälder werden als die „Lungen der Welt“ bezeichnet, weil sie das klimaschädliche Kohlendioxid „einatmen“

und den lebensnotwendigen Sauerstoff „ausatmen“. Rund 30 % der weltweiten Landfläche ist mit Wäldern bedeckt: Regen- und Nebelwälder, Nutzwälder, Mischwälder, in tropischen oder gemäßigten Zonen, im Tiefland oder hoch bis zur Baumgrenze, naturbelassen oder bewirtschaftet. Trotz großer Unterschiede bezüglich Artenreichtum und Klimabilanz ist den Wäldern doch eines gemeinsam: Es sind komplexe Ökosysteme und in ihrer Gesamtheit nach den Ozeanen der wichtigste Speicher (Senke) für Kohlendioxid, sowie unentbehrlicher Sauerstofflieferant. Eine Ausnahme bilden jedoch Baumplantagen, die von der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) größtenteils auch als Wälder definiert werden. Als extrem naturfernes Waldsystem bestehen sie nur aus einer einzigen Baumart (Monokultur), oft einer schnell wachsenden Art, mit dem Ziel der landwirtschaftlichen Nutzung. Nicht nur die Artenvielfalt ist hier stark eingeschränkt. Durch intensive Bodenbearbeitung, Düngemittel- und Pestizideinsatz ist auch der ökologische Wert von Monokulturen deutlich geringer als der von natürlichen Wäldern und es kann zu Belastungen des Grundwassers kommen. Soziale Konflikte, die gerade im globalen Süden oft mit der Anlage der Plantage einhergehen, sind in diese Bilanz noch nicht eingerechnet.

Grafik 1: Rückgang der Waldgebiete 1990 – 2015



Quelle FAO (2015): o.S.

Das Problem: Die weltweite Waldfläche ist von 4.128 Mio. Hektar (ha) im Jahr 1990 (das entspricht 31,6 % der weltweiten Landfläche) auf 3.999 Mio. ha im Jahr 2015 (30,6 %) zurückgegangen. Der Verlust von 129 Mio. ha (etwa 5,2 Mio. ha jährlich) entspricht in etwa der Fläche Südafrikas (FAO 2016: 3). Während Zugewinne überwiegend in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel zu verzeichnen sind, finden Verluste vor allem in den tropischen Wäldern statt. Diese sind insbesondere in Brasilien und Indonesien, aber auch in Teilen Afrikas besorgniserregend. Die jährlichen Verluste sind in den letzten 15 Jahren zwar zurückgegangen, bleiben allerdings mit 3,3 Mio. ha jährlich immer noch zu hoch, um die stabilisierende Funktion des Regenwaldes aufrechtzuerhalten (siehe Grafik 1).

Aufgrund stetig steigender Emissionen des Industrie-, Energie- und Verkehrssektors hat der Anteil des Wald- und Forstsektors an den weltweiten CO₂-Emissionen abgenommen. Dies liegt auch daran dass die Entwaldungsrate in den letzten Jahren rückläufig war (WBGU 2014: 35). Dennoch gehen noch immer rund 11 % der Emissionen weltweit allein durch den Waldverlust in die Atmosphäre, so die Schätzungen des in Bonn ansässigen Weltklimarates. Wenn die fortschreitende Entwaldung gestoppt wird – so die Idee – kann also auf kostengünstige Weise mehr Kohlenstoff gebunden und so dem Klimaschutz gedient werden.



Wenn die fortschreitende Entwaldung gestoppt werden kann, wäre dem Klimaschutz gedient, Foto: CIFOR/Flickr.com

REDD+ als Kompensationsinstrument

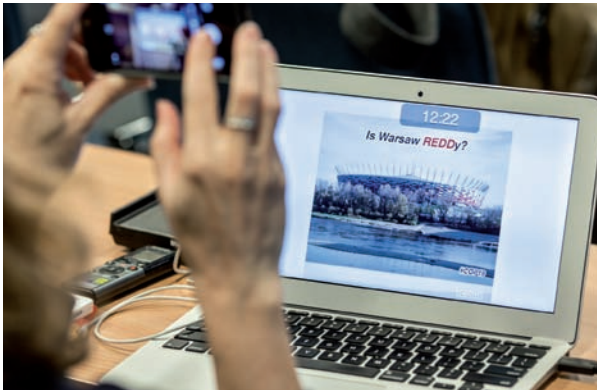
Mit Hilfe von REDD+ sollen Entwicklungsländer ermuntert werden, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Neben der Verringerung von CO₂-Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern (dem eigentlichen Kernstück des Instrumentes) gehören zu den Maßnahmen auch der Erhalt und die Erhöhung der Biomasse von Wäldern und die nachhaltige Waldbewirtschaftung (das Plus aus REDD+). Zur Durchführung dieser Maßnahmen sollen Regierungen und lokale Gemeinden in Entwicklungsländern über REDD+ Kompensationszahlungen erhalten, wenn sie nachweisen können, dass sie hierdurch Emissionen reduzieren (das wird auch als ergebnisbasierte Zahlung bezeichnet). REDD+ ist also in erster Linie ein Finanzierungsinstrument reicher Länder für messbare Emissionsminderungen (durch Waldschutz) in armen Ländern.

Seit den Klimaverhandlungen in Bali (2007) geht es dabei um einen nationalen Ansatz, REDD+ ist also Bestandteil der gesamten Sektorpolitik eines Landes. Das soll verhindern, dass an einer Stelle im Land der Waldschutz gefördert, an anderer Stelle aber weiter entwaldet wird. Entwicklungsländer können mit internationaler Unterstützung rechnen, wenn sie ihre Entwaldungsrate nachweislich reduzieren können (KfW 2012: 1). Zahlreiche internationale Geber, darunter auch Deutschland, internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank sowie Fonds unterstützen REDD+ finanziell.

Das mittelfristige Ziel ist es aber, die Finanzierung von REDD+-Maßnahmen über einen globalen Kohlenstoffmarkt abzuwickeln, um die Kompensationszahlungen an Entwicklungsländer nicht alleine durch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit stemmen zu müssen. Als Anreiz für den Privatsektor sollen handelbare Zertifikate für nachgewiesene Emissionsreduktionen ausgestellt werden, die von Staaten und Industrie zur Kompensation ihrer Treibhausgasemissionen erworben werden können (s. Kap. 5). Die Anwendung dieses marktbasierenden Ansatzes gehört bis heute zu den strittigsten Fragen von REDD+.

Für die Umsetzung von REDD+ wurden nach langen Diskussionen bei der Klimakonferenz in Warschau (2013) die letzten großen Weichenstellungen mit der Verabschiedung eines Rahmenwerks für REDD+ vereinbart.¹ Über einzelne Details wird seither weiter verhandelt, vor allem die Frage der Finanzierung dieser Kompensationen ist noch immer nicht abschließend geklärt.

¹ Siehe hierzu: https://unfccc.int/meetings/warsaw_nov_2013/session/7767.php



Diskussionen um REDD+ bei der UN-Klimakonferenz in Warschau im Jahr 2013, Foto: Mariusz Patalan/IFRC-Climate Centre/Flickr.com

Die drei Phasen von REDD+

Zahlungen über einen solchen marktbasierten Ansatz können nur dann erfolgen, wenn die erreichten Emissionsminderungen durch Waldschutz auch tatsächlich nachgewiesen werden können. Das erfordert eine Reihe von Voraussetzungen, wie eine adäquate Emissionsreferenz (Baseline), nationale Waldmonitoringsysteme und Institutionen, die in der Lage sind, entsprechende Messungen vorzunehmen und zu verifizieren. Da die Entwicklungsländer über diese Voraussetzungen noch nicht verfügen und auch unterschiedlich weit sind, einigte man sich bei der Klimakonferenz in Cancún (2011) auf einen Ansatz mit drei Phasen:

Phase 1: Vorbereitung

Partnerländer formulieren nationale Strategien und Aktionspläne mit der Beteiligung relevanter Akteure, bauen die notwendigen Kapazitäten für die Umsetzung auf, entwickeln REDD+-bezogene Politiken und Maßnahmen und formulieren Demonstrationsaktivitäten. In dieser Phase werden sie weitgehend von öffentlichen Gebern unterstützt.

Phase 2: Demonstration

Die in der Phase 1 vorgeschlagenen Strategien und Aktionspläne sollen in Phase 2 angewandt und in Pilotprojekten getestet und ausgebaut werden. In dieser Phase greift oft eine ebenfalls öffentlich ausgestattete Brückenfinanzierung über spezielle Fonds.

Phase 3: Umsetzung

In der dritten Phase werden die REDD+-Aktivitäten vollständig auf nationaler Ebene umgesetzt und die Resultate gemessen, berichtet und überprüft. Erst dann sind auch die Voraussetzungen geschaffen, dass eine Finanzierung über Marktmechanismen (Emissionshandel) stattfinden kann.

Akteure zur Finanzierung von REDD+

Gegenwärtig kommen die Mittel zur Finanzierung von REDD+ überwiegend aus öffentlichen Quellen der Entwicklungszusammenarbeit. Internationale Finanzinstitutionen, allen voran die Weltbank, sowie eine Reihe von nationalen Gebern, wie Norwegen, Deutschland und Großbritannien, unterstützen REDD+ durch bi- und multilaterale Initiativen. So gibt es für die drei größten Tropenwaldregionen (Brasilien, Indonesien, Demokratische Republik Kongo) eigene Fonds, die sich aus den Zahlungen verschiedener nationaler Regierungen speisen.

Mit der GNU-Initiative („Germany-Norway-United Kingdom“) haben die drei wichtigsten bilateralen Geber im Waldsektor ihren politischen Willen bekräftigt, sich noch stärker für den Walderhalt einzusetzen. Zwischen 2015 und 2020 wollen sie gemeinsam 5 Mrd. US-Dollar für REDD+ und Waldklimaschutzaktivitäten bereitstellen, wobei Zahlungen zunehmend ergebnisbasiert, also auf Nachweis von tatsächlichen Emissionsreduktionen, erfolgen sollen. Die Bundesregierung unterstützt in diesem Rahmen mit einem eigenen Programm auch die Länder, die sich in Phase 2 befinden, die sogenannten Early Movers (Vorreiter).

Darüber hinaus haben die Weltbank und die Vereinten Nationen Fonds zu REDD+ aufgelegt, die vor allem den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern (Phase 1) und auch erste Umsetzungen unterstützen sollen:

- **Die Waldkohlenstoff-Partnerschaft der Weltbank** (Forest Carbon Partnership Facility, FCPF) ist das größte multilaterale REDD+-Programm. Neben öffentlichen Geldern sind in diesen Fond auch in sehr geringen Mengen Beiträge privater Akteure geflossen.
- **Das Waldinvestitionsprogramm der Weltbank** (Forest Investment Program) ist ein Finanzierungsfenster der Klimainvestitionsfonds der Weltbank mit einem Fokus auf REDD+. Mit ähnlichen Zielsetzungen wie die FCPF konzentriert sich das Programm stärker auf die Umsetzung in Pilotländern (Phase 2).
- **Das UN-REDD-Programm** unterstützt mit hauptsächlicher Finanzierung aus Norwegen Entwicklungsländer bei der Umsetzung von REDD-Aktivitäten. Darüber hinaus fördert das Programm auch den Wissensaustausch zwischen den Ländern.

Quellen:

www.climatefundsupdate.org,

https://www.bmz.de/de/themen/wald/Deutscher_Beitrag/index.html

Akteure und Konflikte

REDD+ ist und bleibt ein kontroverses Instrument. Insbesondere durch die marktbasierende Finanzierung entstehen Zielkonflikte, die in Verbindung mit den beteiligten Akteuren stehen. In den Partnerländern gibt es je nach nationalem Kontext eine vielfältige Konstellation an Akteuren und Interessen die z. T. gegensätzlich sind.

Von besonderer entwicklungspolitischer Relevanz sind indigene Völker, arme Bevölkerungsgruppen und lokale Gemeinschaften, deren schwierige soziale und wirtschaftliche Situation durch ein solches Instrument nicht automatisch verbessert wird. Die folgenden Ausführungen sollen diese Konfliktlinien etwas genauer beleuchten.

2 Waldzerstörung und Ernährungssituation im globalen Süden

Die Ausbreitung der kommerziellen Landwirtschaft (Agrobusiness) ist einer der wichtigsten Faktoren von Entwaldung in den Tropenländern. Tatsächlich setzt die kommerzielle Landwirtschaft traditionelle Anbauformen, die im Einklang mit der Natur stehen, immer mehr unter Druck. Die Ausweitung von großen Flächen für Viehzucht und den Anbau von Exportprodukten, sogenannten „cash crops“ wie Soja, Palmöl, Eukalyptus und anderen Holzarten, ist der wichtigste Treiber von Waldzerstörung und Walddegradierung in den Tropen: Mehr als 70 % der Waldzerstörung gehen auf das Konto der kommerziellen Großproduktion (Grain 2011: 2).

Demgegenüber ist die Bedeutung der Kleinproduktion für die weltweite Ernährungssicherheit unbestritten. Große Konzerne produzieren vor allem für den Export und vielfach Produkte, die nicht für den (direkten) Verzehr gedacht sind, wie Futtermittel, Agrotreibstoffe etc. Im Gegensatz dazu konzentrieren sich kleinbäuerliche Betriebe auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln für den eigenen Konsum und für die lokalen und nationalen Märkte. In den Entwicklungsländern produzieren sie so Schätzungen zufolge mehr als 80 % der Nahrungsmittel. Dafür beanspruchen sie weniger als ein Viertel der weltweit genutzten landwirtschaftlichen Agrarfläche.² Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe weltweit ist klein, sie umfasst im Durchschnitt etwas mehr als 2 ha und die durchschnittliche Größe dieser Kleinbetriebe schrumpft immer weiter. Überall auf der Welt werden KleinproduzentInnen durch den Großgrundbesitz und internationale Konzerne zurückgedrängt, die Landkonzentration nimmt zu – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit (Grain 2014: o.S.).

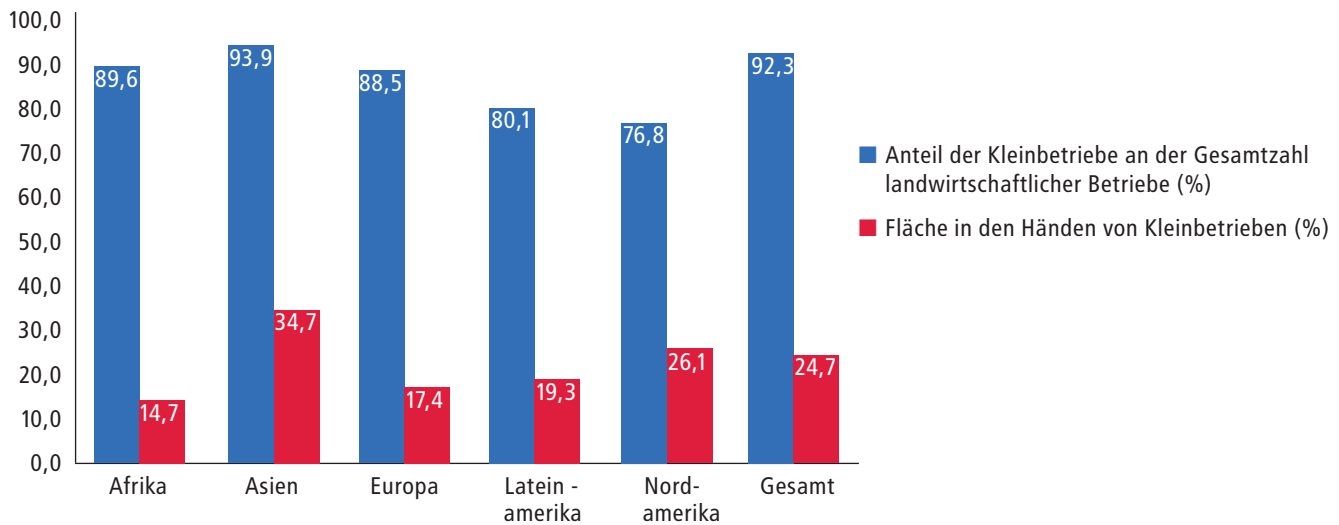
Die zunehmende Nutzung von Landflächen durch den Großgrundbesitz geht jedoch auch auf Kosten des Regenwaldes. Durch Abholzung für den Anbau von Soja, Palmöl und anderen cash crops gehen immer größere Waldflächen in allen Kontinenten verloren. Entwaldung oder sonstige Landnutzungsänderungen sind allerdings ein komplexer Prozess. Waldgewinnung oder Waldverlust findet ständig statt und ist auch mit Hilfe von Satellitentechnik kaum möglich zu verfolgen.



Die Ausweitung großer Flächen z.B. für den Anbau von Palmöl ist hauptverantwortlich für Waldzerstörung, Foto: Mokhamad Edliadi/CIFOR/Flickr.com

² In El Salvador beispielsweise verfügen kleine Farmen nur über etwa 29 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Damit produzieren sie jedoch 90 % der Bohnen, 84 % des Mais und 63 % des Reises, die drei wichtigsten Grundnahrungsmittel des Landes. Darüber hinaus produzieren sie 51 % des Schweinefleischs, 20 % der Hähnchen und den Großteil an traditionellen Früchten (Grain 2014: o.S.).

Grafik 2: Anteil kleiner Betriebe an der landwirtschaftlichen Fläche nach Kontinenten



Quelle: Eigene Darstellung nach Grain 2014: o.S.

Aus der Sicht vieler Nichtregierungsorganisationen (NRO) können auch REDD+-Projekte angesichts der oben erwähnten Verdrängung der Subsistenzlandwirtschaft die lokale Nahrungsmittelproduktion gefährden. Denn kleinbäuerliche Betriebe werden nicht nur durch die Agrarindustrie verdrängt. Immer wieder geschieht es auch, dass sie auf den Anbau von Grundnahrungsmitteln oder die Nutzung von Wäldern verzichten müssen, um Platz für den Anbau von neuen Bäumen im Rahmen von REDD+-Projekten zu machen oder bestehende Wälder stärker zu schützen. Grain (2015: 17 ff) gibt eine Reihe solcher Beispiele aus Mosambik, Nigeria, Brasilien oder Madagaskar, wo ansässige Familien sich dazu verpflichten, Bäume für die Wiederaufforstung zu pflanzen oder neuerlich geschützte Gebiete zu respektieren und dafür auf den Anbau von Nahrungsmitteln oder die Nutzung ihrer Wälder verzichten. Die Entschädigungen, die sie dafür erhalten, reichen oft nicht aus und sind zeitlich begrenzt, während ihre Verpflichtungen und Nutzungsrestriktionen auf viele Jahre vertraglich festgelegt sind. Auch alternative einkommensschaffende Maßnahmen waren oft nur von kurzer Dauer.

Indigene Völker

Für die meisten indigenen Völker ist der Wanderfeldbau³ eine ökologisch angepasste und in vielen Fällen unverzichtbare Form der Ernährungssicherung. Indigene Völker mussten sich in ihrer Geschichte an die externen Veränderungen anpassen, die ihre Lebensformen bedrohten. Solange ihre Lebensräume nicht durch das Eindringen der kapitalistischen Landwirtschaft und der cash crops bedroht wurden, lebten indigene



Verdrängung der Subsistenzwirtschaft durch REDD+-Projekte, Foto: Terry Sunderland/CIFOR/Flickr.com

Völker durch den Wanderfeldbau im Einklang mit dem Regenwald. Vielerorts wird der Bevölkerungszuwachs als Ursache für die Waldzerstörung angeführt. Es sind jedoch vielmehr die Umstellung von Landnutzungsformen, Regierungspolitiken oder die Integration in die Weltwirtschaft durch den Export von cash crops, die die Dynamik und Bedeutung ihrer Lebensweise verändert haben. Der Lebensraum der indigenen Völker wurde samt dem Wald durch den Agrobusiness eingeengt. Durch die stetige Ausweitung des Agrobusiness werden die Lebensgrundlagen von indigenen Völkern für die Nahrungssicherung zunehmend gefährdet. In vielen Ländern wurden den indigenen Völkern in den letzten Jahren zwar Nutzungs- und Eigentumsrechte mit Hilfe

³ Der Wanderfeldbau ist eine traditionelle Form der Landwirtschaft, bei der die oft durch Brandrodung geschaffenen Felder nur für einige Jahre genutzt werden. Sobald die Fruchtbarkeit des Bodens nachlässt, ziehen die Siedlungen weiter, so dass Wald wieder nachwachsen kann.

von Abgrenzungen und Zugangsrechten zuerkannt. Diese Instrumente bleiben jedoch unzureichend und werden z. T. durch die neuen Zugangsrechte für Bergbaugesellschaften und internationale Großkonzerne überlappt und verwässert. Dabei bleibt umstritten, ob die REDD+-Strategien einen positiven Beitrag dazu leisten können, die Situation der Indigenen zu verbessern. Solange die kommerzielle Landwirtschaft in dem Maße wie bisher zunimmt, bleiben die Landnutzungsrechte von indigenen Völkern in Gefahr.

Für die Umsetzung von REDD+-Strategien wurden vom Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) Schutzmaßnahmen entwickelt, um indigene Völker und lokale Bevölkerungsgruppen von negativen Effekten von Umweltmaßnahmen zu schützen. Bereits in der Vereinbarung von Cancún (2011) wurde dazu aufgerufen, das Wissen und die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinden zu respektieren. ExpertInnen weisen jedoch darauf hin, dass es aufgrund der in REDD+ formulierten Bedingungen und Voraussetzungen für die meisten KleinproduzentInnen unmöglich sein dürfte, REDD+-Maßnahmen umzusetzen. Die Vervielfältigung von Normen in solchen Prozessen begünstigt in der Regel die mächtigen Konzerne, die die finanziellen Mittel haben, technische und bürokratische Bedingungen zu erfüllen.



Proteste gegen REDD während der UN-Klimakonferenz in Cancún/Mexiko im Jahr 2010, Foto: Sheila Menon/Friends of the Earth International/Flickr.com

Auch Instrumente für Nachhaltigkeits-Zertifizierung von Holzprodukten führen häufig zu einer Marginalisierung von KleinproduzentInnen. Aufgrund ihrer begrenzten administrativen und finanziellen Möglichkeiten können sie oft nicht von Zertifizierungsinstrumenten profitieren und werden zum Teil verdrängt. In Falle des Forest Stewardship Council (FSC – s. Kasten) übertreffen die Kosten der Zertifizierung in der Regel die Einnahmen der Gemeinden bei der Zertifizierung von Holz (Pokorni et al 2013: 5).

Das FSC-Zertifikat als Orientierung für nachhaltigen Konsum von Holzprodukten?

Das Forest Stewardship Council (FSC) ist eine Nicht-regierungsorganisation mit Sitz in Bonn, die sich der Förderung eines verantwortlichen Waldmanagements weltweit verschrieben hat. Die FSC-Zertifizierung soll garantieren, dass Produkte von vorbildlich bewirtschafteten Wäldern stammen, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bieten. Die Zertifizierung von Wäldern ist der Kern des FSC-Systems. Damit verbunden sind jährliche Kontrollen im Wald und in allen holzverarbeitenden Betrieben. Alle fünf Jahre wird der jeweils national geltende Standard revidiert (aktuell für Deutschland: „FSC-Waldstandard 3.0“, finaler, noch nicht akkreditierter Entwurf, siehe FSC Deutschland 2016).



Foto: Gerhard Elsner/Wikimedia Commons

Aktuell sind weltweit 194 Mio. ha in 83 Ländern zertifiziert (FSC 2016). Das entspricht ungefähr der Fläche Mexikos. Die Organisation bezeichnet ihr Label als das „weltweit am meisten geachtete Waldzertifizierungssystem“, das „Aspekte in allen Waldarten rund um die Welt zertifiziert“ (eigene Übersetzung nach FSC o.J.).

Umweltverbände kritisierten jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder Kahlschlagpraktiken von Unternehmen oder in Wäldern, die FSC-Zertifikate tragen. Auch mangelnde Transparenz wird kritisiert: So sei es nicht möglich, das jeweils zertifizierte Holz lückenlos zurückzuverfolgen. Einige Mitglieder im FSC haben in der Vergangenheit ihre Mitgliedschaft aufgrund dieser und anderer Kritikpunkte aufgekündigt (u.a. Robin Wood und FERN). Auch die klimarelevante (emissionsreduzierende) Wirkung der Zertifizierung wird bezweifelt (Lang 2014).

Auch staatliche Kreditprogramme in Brasilien und anderen Amazonasländern haben nicht nachhaltige Produktionsformen begünstigt. Anstatt eine angepasste Landwirtschaft im Rahmen von Agroforstsystemen zu fördern, wurden mit Hilfe von Kreditprogrammen ProduzentInnen in die Lage versetzt, kapitalintensive Investitionen in Monokulturen für den Export wie

Soja oder Viehzucht zu tätigen. Die Ausweitung einer exportorientierten Landwirtschaft ging auf Kosten des Regenwaldes und eines nachhaltigen Nahrungsmittelanbaus. Nur selten führten Investitionen in der landwirtschaftlichen Produktion zu einer Begrenzung des Kahlschlags.

3 Waldzerstörung und Konsum im globalen Norden

Die kommerzielle Agrarwirtschaft ist für mehr als 70 % der Entwaldung in den Tropenwaldländern verantwortlich (Lawson 2014: 18). Auch viele Produkte, die wir in der EU verbrauchen, müssen mit Entwaldung in Verbindung gebracht werden, oft sogar aufgrund illegaler Rodungen. Ob Soja, Fleisch, Leder oder Palmöl: Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahr 2012 Waren im Wert von 6 Mrd. Euro in die EU eingeführt wurden, die auf illegal gerodeten Flächen des Regenwaldes wuchsen. Legal nutzbar gemachte Flächen sind hier noch nicht eingerechnet. Deutschland gehört neben den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Italien zu den größten Verbrauchern innerhalb der EU: Zusammen ist diese Gruppe für drei Viertel der Fläche verantwortlich, die durch die EU-Importe zerstört werden (FERN 2015: 6).

Zwischen den Jahren 1990 und 2008 verursachte der Konsum der EU einer Studie der Europäischen Kommission zufolge die Zerstörung von etwa 9 Mio. ha Wald – das entspricht etwa der Fläche Irlands (EU Kommission 2013: 23). Von den elf Hotspots, in denen bis zum Jahr 2030 die höchsten Verluste an Waldflächen zu erwarten sind, zählt in sieben die Agrarindustrie zu den Hauptverursachern; in sechs Fällen allein die Viehhaltung (WWF 2015: 5). Der Fleischkonsum wird damit zu einem der wichtigsten Treiber der Entwaldung.

Entwaldung zugunsten von Tierhaltung

Im Jahr 2009 galt, dass rund 80 % der im brasilianischen Amazonas-Regenwald gerodeten Fläche für die Rinderzucht genutzt wurden und noch immer zerstört die Viehzucht in großem Stil Waldflächen im brasilianischen Amazonas. Auch heute noch sind mehr als 60 % der gerodeten Flächen von Rinderfarmen belegt (Greenpeace 2015). Vielfach werden u.a. auch in Brasilien Grasland und Weideflächen in intensiv genutztes Ackerland z.B. für den Sojaanbau umgewandelt. Eine solche intensive Nutzung als Ackerland ist in der Klimabilanz sogar noch ungünstiger. Soja wird als eiweißreiches Futtermittel für Kraftfutter verwendet – insbeson-

dere in der intensiven Tierhaltung. Die EU als eine der wichtigsten Fleischproduzenten ist weltweit der größte Importeur von Soja-Futtermitteln, denn weder einheimisches Soja noch andere eiweißhaltige Futtermittel (wie Leguminosen) stehen in der EU in ausreichendem Maße für die heimische Massentierhaltung zur Verfügung. In der Regel greifen Hersteller daher auf Soja aus Lateinamerika und den USA zurück. Besonders in lateinamerikanischen Ländern kommt es zu einer Ausweitung der Anbauflächen, da die Nachfrage aus Europa hoch und der Soja-Export oft am lohnenswertesten ist (BUND 2016: 28).



Die intensive Nutzung als Ackerland trägt zur Entwaldung (hier in Acre/Brasilien) bei, Foto: Kate Evans/CIFOR/Flickr.com

Der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland wird mit 88 kg pro Kopf und Jahr angegeben. Inklusive der Futtermittelproduktion verbrauchen wir damit allein für den Konsum von Fleisch etwa die Hälfte der Fläche, die in Deutschland für landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung steht. Mehr als ein Fünftel davon werden allein für den Anbau von Soja als Futtermittel gebraucht (Zahlen für 2009, WWF 2014: 56f.). Das Soja aber wird zu einem ganz überwiegenden Teil aus Lateinamerika importiert, große Mengen kommen aus Brasilien, wo die Ausbreitung der Anbauflächen natürliche Ökosysteme zerstört (wie beispielsweise den tropischen Regenwald). Somit ist die Tierhaltung ge-

meinsam mit der Holzwirtschaft Hauptverursacher für Abholzung und den Rückgang der Artenvielfalt (WWF 2014: 9). Und Deutschland und weite Teile der EU gehören zu den wichtigsten Abnehmern dieser Produkte.

Angesichts der wachsenden Weltbevölkerung und der dadurch weiter steigenden Nachfrage nach Agrarprodukten würde sich die Umwandlung von Wald- in Agrarflächen vor allem in den Tropen fortsetzen, so die Prognose der FAO, sofern die landwirtschaftliche Produktivität sich nicht substantiell erhöht (FAO 2016: 18f.). Das vorangegangene Kapitel und die Ausführungen oben zeigen jedoch, dass es nicht nur eine Frage der Produktivität ist, sondern vor allem auch der Kon-

summuster. Die notwendigen Nahrungsmittel auch für eine wachsende Weltbevölkerung könnten auf den zur Verfügung stehenden Flächen produziert werden. Es sind vielmehr unsere Konsummuster im globalen Norden, mit einem hohen Anteil an tierischen Produkten und einer immensen Nahrungsmittelverschwendung, die die Flächenverfügbarkeit sprengen. Auch in der aufstrebenden Mittelschicht vieler Entwicklungs- und Schwellenländer werden unsere Konsummuster mittlerweile kopiert. Um den steigenden Bedarf einer wachsenden und sich weiter entwickelnden Weltbevölkerung abfedern zu können, müssen sich diese Konsummuster ändern.

REDD+ im weiteren politischen Kontext

REDD+ und die 2030 Agenda für eine nachhaltige Entwicklung



gefragt, auf dieses Ziel hinzuwirken. Marktstrukturen lassen sich jedoch nicht allein durch Konsumententscheidungen der einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher verändern. Sie sind wichtig, müssen aber durch verbindliche Rahmenbedingungen der Politik für nach-

haltigen Konsum begleitet werden und setzen die Bereitschaft der Industrie voraus, nachhaltige Investitionsentscheidungen für faire Produktionsmethoden zu treffen.

Unter den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG) zielt insbesondere das Ziel 15 auf den Schutz von Wäldern ab: „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften“. Als Zielvorgabe 15.2 wurde formuliert: „Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden, geschädigte Wälder wiederherstellen und die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen“. Die zugehörige Zielvorgabe 15.b ist weniger spezifisch und lautet: „Erhebliche Mittel aus allen Quellen und auf allen Ebenen für die Finanzierung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder aufbringen und den Entwicklungsländern geeignete Anreize für den vermehrten Einsatz dieser Bewirtschaftungsform bieten, namentlich zum Zweck der Walderhaltung und Wiederaufforstung“.

Green Economy und REDD+

In einer 2015 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) herausgegebenen Studie wird die Rolle der Wälder bei der Transformation zu einer Green Economy in Afrika betont. Die Transformation wird in vielen Ländern von einem vorausschauenden, nachhaltigen Management von Wäldern abhängen, die zu den reichsten und bedeutendsten Ökosystemen Afrikas gehören“ (Grieg-Gran et al. 2015: 4). Die Studie empfiehlt daher, REDD+-Programme mit Green Economy und nachhaltigem Investment zu verknüpfen.

Angesichts der Ausführungen im Text wird aber auch schnell deutlich, dass auch das Ziel 12 von großer Relevanz ist, es fordert zu nachhaltigem Konsum und nachhaltigen Produktionsmustern auf. Hier geht es sowohl um Aspekte wie Abfallvermeidung und Reduzierung von Nahrungsmittelverschwendung als auch um den schonenden und effizienten Umgang mit Ressourcen und Recycling. Sowohl VerbraucherInnen als auch Politik und Wirtschaft sind

Eine Reihe von REDD+-Projekten beinhaltet explizite Maßnahmen, um landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und so den Druck auf Waldflächen zu reduzieren. Es wird zunehmend anerkannt, dass Bemühungen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen auf den produktiven Aktivitäten der Landwirtschaft aufbauen und diese nicht außen vor lassen dürfen.

Agrosprit und Entwaldung

Neben der weltweit steigenden Produktion tierischer Produkte ist auch der Anbau von Agrosprit eine wichtige Ursache für die Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Denn auch für den Anbau von Agrospritpflanzen werden Waldbestände gerodet oder Feuchtgebiete trocken gelegt. Geschieht dies, wird sogar deutlich mehr CO₂ freigesetzt, als über die Nutzung von Agrotreibstoffen über Jahrzehnte eingespart werden kann. Wenn beispielsweise ehemalige Torfregewälder für die Gewinnung von Palmöl umgewandelt werden, hat die Verbrennung von Biodiesel aus Palmöl erst nach 400 Jahren positive Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz (vgl. Sheil et al. 2009).

Seit 2008 haben die Biodieselimporte aus Argentinien (Basis Soja) und Indonesien (Basis Palmöl) zugenommen (vgl. DBFZ 2012). Die Angaben über den Anteil von

Palmöl und Sojaöl im hiesigen Biodiesel schwanken jedoch und bewegen sich zwischen 5-10% für Palmöl und 8-25% für Sojaöl (vgl. DBFZ 2012). In jedem Fall aber erhöht die vermehrte Nachfrage nach Agroenergie den Druck auf die Wälder und begünstigt direkte und indirekte Landnutzungsänderungen.

Wesentliche Teile unseres gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmodells basieren somit sehr stark auf der scheinbar unbegrenzten Verfügbarkeit kostengünstiger Rohstoffe und Flächen, sowie billiger Arbeitskräfte auf den internationalen Märkten. Auch die klima- und umweltbezogenen SDG (13-15) dürfen nicht getrennt werden von der Frage, wie unser zukünftiges Wirtschaften gestaltet werden muss. REDD+ kann nur einen Sinn machen, wenn die bestehende Logik der Weltwirtschaft - und damit ist auch der Konsum gemeint - eine radikale Veränderung erlebt.

4 Länderbeispiele

► 4.1 Entwaldung und REDD+ in Brasilien

Die Ursachen für Entwaldung und Waldschädigung sind in Brasilien vielfältig und beinhalten ökonomische, politische und soziale Aspekte. Im größten zusammenhängenden Tropenwaldgebiet der Welt, dem Amazonas, haben unterschiedliche Regierungen durch groß angelegte Projekte für Viehzucht, Holzgewinnung und Sojaanbau die Besiedlung gefördert. Die Politik hat seit den 1960er Jahren einerseits Ziele gegen die Entwaldung formuliert, gleichzeitig aber auch eine Wirtschaftspolitik gefördert, die durch starke Investitionen in Bergbau und cash crops genau das Gegenteil zur Folge hatte. Die Perspektiven für die Umsetzung einer REDD+-Strategie werden auch von Korruption, Machtmissbrauch und Landkonflikten eingeschränkt.

Umgerechnet 15 % (75 Mio. ha) des Amazonasgebietes wurden bereits in landwirtschaftliche und Viehzuchtflächen verwandelt. Viehzucht oder Weideland ist mit Abstand die wichtigste Landnutzungsform in den entwaldeten Gebieten. Mit über 80 % war bis zum Jahr 2007 die Viehhaltung der wichtigste Treiber. Der Rest verteilte sich auf einjährige (wie Reis, Soja oder Baumwolle) oder mehrjährige Anbauprodukte (wie Kaffee, oder Kakao). Ungefähr die Hälfte der CO₂-Emissionen Brasiliens kommt aus der Viehzucht durch Entwaldung und Waldbrände (CIFOR 2011: 6). Die Entwaldung des

Amazonasgebietes steht also in einer engen Verbindung mit den globalisierten Märkten für Rindfleisch, Soja, Leder, Tropenholz und anderen Exportprodukten. Hinzu kamen groß angelegte Infrastrukturprojekte, wie ein Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, das den Bau von großen Staudamm- und Wasserkraftprojekten (wie Madeira, Xingu und Tapajós Rivers) und den Bau von Straßen durch Waldgebiete (wie die Autobahn von Manaus nach Porto Velho) vorantrieb. Bei diesen Maßnahmen, die durch das Lobbying von großen Bauunternehmen ermöglicht wurden und ein Wachstumsparadigma auf Kosten der Umwelt förderten, spielten Umweltstandards kaum eine Rolle (CIFOR 2011: 12).



Autobahn von Porto Velho nach Cuiabá in Mato Grosso, Foto: Kate Evans/CIFOR/Flickr.com

Das Fehlen einer kohärenten Politik und einer institutionellen Präsenz in den jeweiligen Waldregionen sind die größten Schwächen der brasilianischen Waldpolitik. Die brasilianische Regierung hat versucht, durch Dezentralisierung und Übertragung von Kompetenzen an die Bundestaaten im Amazonasgebiet die Probleme in den Griff zu bekommen. Mit Hilfe von Klientelismus und Korruption haben es die Eliten immer wieder geschafft, das brasilianische Waldgesetz zu unterminieren (CIFOR 2011: 35). Als die Entwaldung in Brasilien im Jahr 2004 mit 2,7 Mio. ha jährlich einen Höchststand erreichte, startete die Regierung unter dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva („Lula“) eine Reihe von Gegenmaßnahmen. Bis 2009 konnte die Entwaldung auf 0,75 Mio. ha zurückgefahren werden, um sich in der Folgezeit bei etwa 0,5 Mio. ha jährlich einzupendeln. Zu den Maßnahmen gehörten u.a. die Ausweisung neuer Schutzgebiete, eine stärkere Kontrolle und härtere Strafen für illegale Abholzungen und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft (Fatheuer 2015: 22). In der Nachfolge ist demgegenüber durch REDD+-Maßnahmen nicht viel erreicht worden. Das Informations- und Monitoring System des Regenwaldes ist jedoch je nach Bundesstaat unterschiedlich intensiv ausgelegt und könnte eine weitere Grundlage bieten.

Als eines der zentralen Instrumente der Lula-Regierung wurde der „Aktionsplan zum Kampf gegen die Entwaldung am Amazonas“ (PPCDAM) gestartet. Die vierte Phase dieses Aktionsplans, die von 2016 bis 2020 laufen soll, startete in einem Jahr in dem die Entwaldung eine neuerliche Steigerung von 29 % im Verhältnis zu 2015 (auf 0,79 Mio. ha) erlebte.⁴ Allerdings wurde das Programm mit einer stark zentralisierten Struktur umgesetzt. Zudem haben die unzureichende Koordinierung zwischen den Institutionen und die wachsende Unterstützung von Bergbau und Agrobusiness einen negativen Einfluss auf das Instrument gehabt. Trotzdem hat

die brasilianische Regierung den Aktionsplan bei der COP 15 in Kopenhagen als wichtigstes Instrument vorgestellt.

Die Fähigkeiten Brasiliens, die Waldkonversion und Landnutzung zu analysieren, haben sich dennoch verbessert, obwohl die Durchsetzungsmöglichkeiten eher bescheiden einzustufen sind. Angesichts der fehlenden Land- und Eigentumstitel und der illegalen Besetzung des nationalen Landes sind die Verantwortlichen für die Abholzung im Amazonasbecken nur schwer fest zu machen (CIFOR 2011: 37).

Ungeklärte Landbesitzverhältnisse machen es zudem für LandhalterInnen unmöglich, langfristige Verträge zu erhalten, die sie zur Reduzierung von Entwaldung verpflichten. Damit fehlt ihnen der Zugang zu den REDD+-Erträgen. In einer ähnlichen Situation befinden sich indigene Völker, deren Zugangstitel sich mit dem des Bundestaates überlappen sowie titellose NutznießerInnen der Landreform und KleinschürferInnen in den Schutzzonen. Diese Eigentumsunsicherheit hat Ungleichheiten geschaffen, die zukünftigen Potenziale von REDD+ nutzen zu können. Nichtsdestotrotz wurde eine Reihe von freiwilligen Reduktionsprojekten von NRO und Gruppen, die selbstständig agieren, gefördert.

Angesichts der Untätigkeit der Regierung haben sich unterschiedliche Initiativen gebildet, die einen Einfluss auf den REDD+-Prozess ausüben. In den letzten Jahren haben subnationale REDD+-Projekte Hochkonjunktur in Regionen erfahren, die eher für Ungleichheit als für Waldmanagement von Bedeutung sind. So gesehen wurde REDD+ in Brasilien eher als ein Instrument der Armutsbekämpfung verstanden, als ein Vehikel, die Ziele der Klimakonvention UNFCCC zu erreichen (CIFOR 2011: 53-55).

► 4.2 Entwaldung und REDD+ in Indonesien

Zwischen 2010 und 2015 verzeichnete Indonesien einen jährlichen Waldverlust von mehr als 684.400 ha. In diesem Zeitraum war dies nach Brasilien der weltweit höchste Verlust. Je nach Berechnung besitzt Indonesien heute etwa 118 Mio. bzw. 91 Mio. ha Wald, was 68 % bzw. 53 % der gesamten Landfläche entspricht (FAO 2016: 5, 11).⁵ Die mit Abstand meisten Emissionen in Indonesien entstehen durch Landnutzungsänderungen, also z.B. durch die Umwandlungen ehemaliger Waldgebiete in landwirtschaftlich genutzte Gebiete. Der wichtigste Treiber hierfür ist die Agrarindustrie, allen voran der Anbau von Ölpalmen, der eine extrem

hohe ökonomische Attraktivität aufweist. Der starken Agrarlobby steht nur eine durchsetzungsschwache bzw. unwillige Regierung gegenüber; Korruption und eine Vermischung von politischen und wirtschaftlichen Interessen verstärken die Probleme.

⁴ Siehe hierzu:

<http://www.mma.gov.br/florestas/controle-e-preven%C3%A7%C3%A3o-do-desmatamento/plano-de-a%C3%A7%C3%A3o-para-amaz%C3%B4nia-ppcdam>

⁵ Die Unterschiede ergeben sich, wenn Holzplantagen und neu angepflanzte Wälder hinzugezählt werden.

Um die Emissionen aus den Landnutzungsänderungen in Zukunft zu reduzieren, setzt Indonesien stark auf REDD+. Hierfür hat das Land im Dezember 2015 ein Emissionsniveau für die Referenzjahre 1990-2012 gemeldet, das für die Emissionsberechnungen unter REDD+ gelten soll (Government of Indonesia 2016: 3). Indonesien gehört zu den Ländern, in denen die meisten REDD+-Projekte angesiedelt sind. Programme wie das KFCP (s. Kasten) zeigen, wie wichtig die Vorbereitungsphase ist. Groß angelegte Ziele konnten allerdings auch deshalb nicht erreicht werden, weil viel Geld in vorbereitende Maßnahmen floss, wie beispielsweise Untersuchungen zur Messung von Emissionen, Aufbau von Kapazitäten oder Monitoringsystemen (Olbrei/Howes 2012: 22-23). Da eine weitere Finanzierung über den Verkauf von Zertifikaten in absehbarer Zeit unwahrscheinlich oder im besten Fall unsicher ist, sind die Anreize zu gering, um gerade die großen Treiber der Entwaldung, allen voran die Agroindustrie, zurückzudrängen. Daher konnte die voranschreitende Entwaldung nur wenig eingedämmt werden. Insgesamt scheinen Pilotprojekte nicht umfassend und ausreichend genug, um den Treibern der Abholzung rechtzeitig etwas entgegen setzen zu können. Vielmehr seien Druck und Unterstützung notwendig, um politische Reformen einzuleiten (ebd. 37ff).

Die norwegisch-indonesische Zusammenarbeit zielt stärker auf solche politischen Reformen ab. Im Jahr 2010 unterzeichneten die Regierungen beider Länder eine Absichtserklärung (Letter of Intent) über ihre REDD+-Partnerschaft. Diese Erklärung beinhaltet institutionelle Reformen wie die Einrichtung einer REDD-Agency sowie die Unterstützung politischer Prozesse wie die Erarbeitung einer nationalen REDD+-Strategie oder eines Moratoriums für neue Waldkonzessionen. Dieses Moratorium wurde mehrfach verlängert. Eine Studie der Universität in Oslo, die die Entwicklungen in diesem Bereich über fünf Jahre begleitet hat, kommt zu dem Ergebnis, dass, trotz aller Schwächen, gerade die politischen Reformen dazu beitragen konnten, dass die Rechte indigener Gemeinden über die Waldnutzung gestärkt werden konnten. So wurde die „One Map“-Initiative gestartet, um mehr Transparenz in Landrechte und die Vergabe von Konzessionen für Waldnutzung zu bringen. Bisherige Praxis war (und ist), dass unterschiedliche Ministerien und Verwaltungen ohne Absprachen Konzessionen vergeben, so dass zum Beispiel in Zentral-Kalimantan allein 27 überlappende – und sich damit widersprechende – Konzessionen vergeben worden waren. Von einer vereinheitlichten Kartografierung versprechen sich auch die lokalen Gemeinden eine Festbeschreibung ihrer bisher oft nicht schriftlich niedergelegten Landrechte. Mithilfe einheimischer NRO nutzen sie aber selbst auch verstärkt die technischen Möglichkeiten, mit denen auch sie in partizipa-

KFCP: Wald- und Klimapartnerschaft in Kalimantan

Die zwischen Australien und Indonesien vereinbarte Kalimantan Forest and Climate Partnership (KFCP) steckte im Jahr 2007 höchst ehrgeizige Ziele: 100 Mio. US-Dollar sollten investiert werden, um 70.000 ha Torfmoore zu schützen, 200.000 ha in der Suhartozeit trockengelegte Torfmoore wieder zu fluten und 100 Mio. Bäume in Zentral-Kalimantan zu pflanzen. Den großen Ankündigungen folgten jedoch nur wenige konkrete Ergebnisse, auch aufgrund chronischer Unterfinanzierung und der großen Komplexität und Vielschichtigkeit des Projektes. So wurden die Ziele – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – deutlich nach unten korrigiert. Nur etwas mehr als 10% der ursprünglichen Fläche soll nunmehr geflutet werden und bis 2012 waren lediglich 50.000 Bäume gepflanzt worden. Da auch eine umfassende Evaluierung des Projektes fehlt, konnten auch Lerneffekte nicht dokumentiert werden. Ein zentraler Punkt des Projektes war der Rückbau der noch unter Suharto angelegten Entwässerungskanäle. Sie können Torffeuer in Trockenperioden begünstigen, sind mittlerweile aber von hoher Bedeutung als Infrastruktur für die Bevölkerung. So ist es vielleicht als eines der wichtigsten Ergebnisse des Projektes zu werten, dass in der Kommunikation mit und durch Unterstützung der ansässigen Bevölkerung das Bewusstsein für Waldschutz und Schutz vor Torffeuern gestärkt werden konnte.

Quelle: Eigene Darstellung nach Grain 2014: o.S.

tiven Prozessen ihre Landansprüche kartografieren (Howell / Bastiansen 2015: 5, 17). Auch die Tatsache, dass viele lokale Gemeinden schlechte Erfahrungen mit der meist ausländischen Palmindustrie gemacht haben, lässt sie vielerorts REDD+-Initiativen gegenüber positiv eingestellt sein (Howell / Bastiansen 2015: 16).

Insgesamt hat sich in Indonesien die Erkenntnis durchgesetzt, dass REDD+ sehr viel Zeit braucht. Dadurch, dass REDD+ auch die WaldbewohnerInnen in den Blick nimmt, besteht allerdings auch die Chance, dass ihre Anliegen überhaupt erst zur Kenntnis genommen werden. Damit können indigene Gruppen im Prozess der Demokratisierung und Dezentralisierung Indonesiens einen stärkeren Platz finden. Das muss allerdings erkämpft werden, denn nach wie vor versucht die Zentralregierung ihrerseits, REDD+ als Werkzeug zu nutzen, um die Kontrolle über den Forstsektor zu behalten. Erste Ergebnisse zeichnen sich möglicherweise darin ab, dass es der wichtigsten Vereinigung indigener Völker in Indonesien gelungen ist, einen Verfassungsgerichtbeschluss zu erwirken, dass Land der indigenen Völker nicht länger staatliches Waldgebiet ist. Auch wenn dieses Urteil noch von der Nationalversammlung bestätigt werden muss, mag die Diskussion um die Rechte der indigenen Völker in Zusammenhang mit



*Waldaufseher versuchen, illegale Rodungen zu unterbinden,
Foto: Abbie Trayler-Smith / Panos Pictures / Department for International
Development (DFID)*

REDD+ wichtige Impulse für diese Entscheidung gesetzt haben (Howell / Bastiansen 2015: 14).

Dennoch ist auch in Indonesien der REDD+ Prozess weiterhin mit vielen Problemen behaftet. Korruption, mangelnde Kommunikation und Transparenz oder

Unregelmäßigkeiten bei Entscheidungen lokaler Regierungen führen immer wieder dazu, dass Macht- und Wirtschaftsinteressen Vorrang behalten vor Umweltbelangen oder den Anliegen der ansässigen Bevölkerung. Trotz des anhaltenden Moratoriums stehen illegale Rodungen noch immer auf der Tagesordnung. Nicht zuletzt auch aufgrund solcher Erfahrungen ist auch die indigene Gemeinschaft gespalten zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen (Pollock 2015: o.S.).

Noch befindet sich auch Indonesien in der Vorbereitungsphase für die vollständige Umsetzung von REDD+. Hierfür wurden einige wichtige politische Reformen eingeleitet wie das Moratorium oder die One-Map Initiative. Eine 2013 hierfür eingerichtete REDD-Agentur, die direkt dem Präsidentsamt untergeordnet war, hat hierbei eine wichtige Rolle gespielt. Machtgerangel zwischen dem mächtigen Forstministerium und der Agentur gab es von Anfang an. Nun wurde die Agentur dem zusammengelegten Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft unterstellt. Ob dies tatsächlich zu mehr Effizienz führen wird, wie einige Beobachter glauben, oder ob hier einfach nur ein unliebsamer Akteur ruhiggestellt werden sollte, wie andere befürchten, bleibt abzuwarten (Bellfield et al 2016: 20, Pollock 2015: o.S.).

► 4.3 Entwaldung und REDD+ in Guatemala

Guatemala ist flächenmäßig das zweitgrößte Land in Mittelamerika und ist zu etwa einem Drittel seiner Landfläche mit Wald bedeckt. Auch wenn die Gesamtfläche im Vergleich zu den großen Regenwaldregionen der Erde sehr klein ist, befindet sich in Guatemala mit dem Maya Biosphärenreservat im Norden des Landes eines der größten Schutzgebiete der Region. Von Bedeutung für REDD+-Aktivitäten ist das Land aber auch aufgrund seiner hohen Biodiversität. Zwischen 1950 und 2002 hat Guatemala durch Entwaldung rund die Hälfte seiner Waldfläche verloren und trotz Rückgang lag die Entwaldungsrate zwischen 2006 und 2010 noch immer bei durchschnittlich 1 % pro Jahr (38.600 ha). Zu den großen Treibern der Entwaldung gehören auch in Guatemala die Agroindustrie (Palmöl) und die Viehzucht (the REDD desk, 2013: o.S.).

In Guatemala wird ca. die Hälfte der nationalen Treibhausgasemissionen durch Landnutzungsänderungen verursacht. Maßnahmen zum Schutz und dem Wiederaufbau von Wäldern stehen auch deswegen schon seit vielen Jahren auf der Agenda der Regierung, lange bevor REDD+ in der internationalen Diskussion auftauchte. Fokus dabei waren vor allem die Einrichtung von und die Arbeit in Schutzgebieten sowie ein System für forstliche Anreizzahlungen.

Vor rund zehn Jahren wurde auch REDD+ ein Thema in dem mittelamerikanischen Land – initiiert durch die Zivilgesellschaft vor Ort, die erste Pilotvorhaben startete, darunter etwas später auch das Lacandón REDD+-Projekt (s. Kasten). Basierend auf diesen Erfahrungen und dem System für forstliche Anreizzahlungen hat Guatemala in einem partizipativen Prozess mit relevanten Akteuren seine nationale REDD+-Strategie mit Aktionen und Zielen definiert. Die Strategie beinhaltet u.a. einen Plan zur Konsultation und Beteiligung für REDD+-Interessierte, eine Analyse der Ursachen der Entwaldung, Mechanismen zur Verteilung der Gewinne und ein nationales Monitoringsystem.

Parallel zu den nationalen Vorbereitungen führen die bereits aktiven Pilotprojekte ihre Maßnahmen über den freiwilligen Kohlenstoffmarkt weiter, bis sie in ein nationales REDD+-System integriert werden können. Die Projektverantwortlichen sind auch deswegen für die Regierung ein äußerst wichtiger Berater und nehmen auf die nationalen Prozesse über die Gruppe der REDD+-Implementierer Einfluss. Aktuell verhandelt die guatemaltekische Regierung mit der FCPF der Weltbank über Finanzierungsmöglichkeiten für die konkrete Umsetzung seiner REDD+-Strategie.

REDD+ Lacandón – Ein Pilotprojekt in Guatemala

In über fünf Jahren Vorbereitung (2011-2016) und mithilfe von Anschubfinanzierung aus öffentlichen Geldern hat OroVerde die guatemaltekische Stiftung Defensores de la Naturaleza (FDN) und drei lokale Kooperativen dabei unterstützt, ein REDD+-Pilotprojekt im Nationalpark Sierra del Lacandón zu starten.

Das REDD+-Lacandón Projekt beginnt auf dem Privatland von vier Partnern im Nationalpark. Es können jedoch weitere interessierte lokale Gemeinden teilnehmen, deren Siedlungsrecht auf Staatsland im Nationalpark geklärt ist. Das REDD+-Lacandón Komitee, das aus den vier gleichberechtigten Projektpartnern und OroVerde als Berater besteht, verwaltet das Vorhaben. Es beschließt u.a. die Verteilung möglicher Gewinne aus dem Projekt, plant die Fortführung der Aktivitäten (z.B. Waldschutz durch Brandschneisen), unterstützt die Entwicklung der Gemeinden und organisiert das Monitoring, in dem die Biodiversität eine wichtige Rolle spielt.

Nach erfolgreicher Anerkennung des Projektes durch zwei große Standards, mit je einem Fokus auf CO₂-Reduktion bzw. auf Biodiversität und soziale Aspekte, werden aktuell Käufer für die generierten CO₂-Zertifikate auf dem freiwilligen Kohlenstoffmarkt gesucht. Das Projekt ist eines der Pilotvorhaben die in Guatemala auch von der Regierung in den nationalen Vorbereitungen immer wieder erwähnt werden. Die Integration auf der nationalen Ebene ist wichtig, denn langfristig kann nur so garantiert werden, dass es nicht zu Verlagerungen der Entwaldung kommt. Die Erfahrungen der Projektpartner fließen in verschiedene nationale und internationale Netzwerke und Diskussion ein. So

haben sie Einfluss auf die Gestaltung der nationalen REDD+-Vorbereitungen in Guatemala und des (inter-)nationalen REDD+-Ansatzes.

Die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und gerechte Verteilung der Gewinne aus REDD+ muss gewährleistet sein, Foto: OroVerde



Konkrete Erfahrungen zu REDD+

Die konkreten Erfahrungen aus dem REDD+-Lacandón-Projekt in Guatemala bilden die Basis der Position von OroVerde zu REDD+. Zu den wichtigsten Punkten gehören:

Die Diskussionen um REDD+ haben dem Tropenwaldschutz wieder mehr Bedeutung gegeben, wodurch auch mehr Gelder bereitgestellt werden. Der Wert des Waldes darf dabei aber nicht nur am Kohlenstoff gemessen werden.

REDD+ hat das Bewusstsein erhöht, dass Land- und Nutzungsrechte geklärt und gesichert werden müssen, damit der Wald langfristig geschützt werden kann.

Die Reduktion von Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger, vor allem in den Industrienationen, ist essentiell. Einsparungen von Emissionen aus dem Waldbereich müssen ebenfalls erreicht werden, müssen aber zusätzlich sein, denn der Kohlenstoff aus fossilen Energieträgern kann nicht mit dem aus Ökosystemen gleichgesetzt werden. Eine Einbindung von REDD+ an einen verpflichtenden Kohlenstoffmarkt darf daher nicht stattfinden.

Der Erhalt der Biodiversität sowie die Rechte und Entwicklung indigener und lokaler Gemeinden sind keine positiven Nebeneffekte, sondern vielmehr Grundvoraussetzung für einen langfristig funktionierenden REDD+ Ansatz.

Die Beteiligung der lokalen Bevölkerung und gerechte Verteilung der Gewinne aus REDD+ muss gewährleistet sein.

Die traditionelle, nachhaltige Nutzung von Wald muss erhalten bleiben und für nichtnachhaltige Nutzungsformen müssen Alternativen ermöglicht werden. REDD+ kann dafür die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Korruption muss verhindert und funktionierende nationale Strukturen, die Kontrollmechanismen und Möglichkeiten für Beschwerden und externe Konfliktlösungen beinhalten, müssen im Rahmen von REDD+ aufgebaut werden.

Damit Wald effektiv und langfristig geschützt wird, müssen die internationalen Treiber der Entwaldung durch Beschlüsse und Regelungen angegangen werden. Nur so kann der Waldverlust in den Tropen durch internationalen Handel und Konsum vermieden werden.

Linda Rohnstock, OroVerde

Das ausführliche Positionspapier findet sich unter: http://www.regenwald-schuetzen.org/fileadmin/user_upload/PDF/OroVerde/Positionspapiere/REDD-PositionOroVerde.pdf.

Weitere Informationen zum Projekt: www.bosques-lacandon.org.

5 REDD+: Chancen und Grenzen eines Instrumentes

Im Vergleich zu der anfänglichen Euphorie sind die bisherigen Leistungen und Resultate des REDD+-Mechanismus eher bescheiden. Mehr als zehn Jahre sind seit den ersten Diskussionen um REDD+ in den internationalen Verhandlungen vergangen und noch immer konnte das Instrument die großflächige Waldzerstörung nicht entschieden genug bekämpfen. Weder ist es gelungen, indigene Gemeinden für den Schutz ihres Waldes fair zu entlohnen, noch ist es gelungen, die langfristige Finanzierung über den Handel mit Emissionszertifikaten zu organisieren. Die finanziellen Anreize sind einfach zu gering, um gegen den wichtigsten Treiber der Entwaldung, die Agroindustrie, konkurrieren zu können (HBS 2016: o.S.). Als Marktmechanismus wird REDD+ aber nur dann große Beträge mobilisieren können, wenn es an den verpflichtenden Emissionshandel geknüpft wird. Genau das wird jedoch von vielen kritisch gesehen.

Eines kann aber dennoch bereits gesagt werden: REDD+ hat sowohl die internationale als auch die nationale Debatte um den Regenwaldschutz entfacht, die positiv sein kann für Menschen und Natur in den betroffenen Ländern. Damit (und auch mit deutlicher finanzieller Unterstützung einiger großer Geldgeber) wurde auch eine nicht zu unterschätzende institutionelle Entwicklung in vielen für den Waldschutz wichtigen Partnerländern ausgelöst. Dazu gehört die Formulierung von Politikinstrumenten auf nationaler und subnationaler Ebene, die ein großes Potenzial für nachhaltigen Ressourcenschutz in der Zukunft bieten (Angelsen 2015: 412). Diese Dynamik hat nicht zuletzt mit der Verbesserung von Waldmonitoring zu tun, wie der Fall Brasilien zeigt, sondern auch mit der kritischen Begleitung von NRO und lokalen Gemeinden und indigenen Völkern, die eigene Initiativen entwickeln und Druck auf Regierungen ausüben, REDD+ nicht lediglich zu einem Ablasshandel verkommen zu lassen. Brasilien ist das vielleicht bekannteste Beispiel: Im Jahr 2004 startete die brasilianische Regierung eine neue Politik zur Entwaldungsbekämpfung in Amazonas (siehe Kapitel Brasilien): In nur sieben Jahren sind die Entwaldungsraten in der Region um über 75 % zurückgegangen. Diese Initiativen nahmen zwar vor der Einführung von REDD+ ihren Anfang, im Jahr 2008 richtete Brasilien dann aber den Amazonasfonds als neuen Finanzmechanismus unter REDD+ ein. Norwegen und Deutschland unterstützen Brasilien dabei, um den positiven Trend weiter zu stärken.

Das wohl wichtigste Argument für REDD+ sind aus der Sicht der BefürworterInnen die niedrigen Kosten, die mittels vermiedener Entwaldung im Vergleich zu anderen Strategien zur Reduzierung von Treibhausgasen entstehen (Opportunitätskosten). Darüber hinaus können andere soziale Verbesserungen erreicht werden, zum Beispiel die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbindung zu nachhaltiger Landwirtschaft oder Agroforstsystemen oder spezielle soziale Programme für die Gemeinde wie der Bau einer Schule oder Gesundheitsstation. Werden handelbare CO₂-Zertifikate für den Kohlenstoffmarkt generiert, so können betroffene Gemeinden auch direkt an den Erlösen beteiligt werden und damit auch wirtschaftliche Vorteile generieren.

Befürworter von REDD+ sehen ebenfalls die hier verankerten Maßnahmen zum Waldschutz und Aufforstung als wichtigen Bestandteil einer grünen Ökonomie (Green Economy). Mögliche Synergieeffekte zwischen REDD+-Initiativen und der Transformation im Rahmen einer Green Economy würden jedoch noch nicht ausreichend genutzt (UNEP 2014: 13). In Afrika beispielsweise, einem Kontinent mit gegenwärtig hohen Wachstumsraten und gleichzeitig anhaltend hoher Armut, sind die Wälder ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.



Waldfläche als Wirtschaftsfaktor (hier Uganda),
Foto: Rod Waddington/Flickr.com

Notwendiges Wachstum mit dem Erhalt der natürlichen Ressourcen zu verbinden, ist das Ziel von Green Economy-Ansätzen. In diese Logik sollen nun auch Wälder eingebunden werden. Die Umsetzung von REDD+ entspräche somit geradezu dem Prototyp dessen, was das UNEP als Green Economy bezeichnet: Wachstum schaffen, das Menschen einen höheren Lebensstandard sichert und gleichzeitig natürliche Ressourcen schonen. Für eine positive Ausgestaltung müssen jedoch

wichtige Voraussetzungen gegeben sein, wie eine gute Regierungsführung, die Gesetze und Landrechte anerkennt und durchsetzt, oder eine gerechte Verteilung der entstehenden Vorteile (UNEP 2014: 13).

Die Definition von Wald ist von zentraler Bedeutung für die Umsetzung von REDD+. Es gibt gegenwärtig keine allgemein gültige Definition von Wald, sondern viele verschiedene nationale und auch unterschiedliche internationale Definitionen. Je nach Definition kann auch die Entwaldungsrate eines Landes stark variieren. Der Verhandlungsdruck im Rahmen der UNFCCC führte letztendlich zu einer Definition von Wald, die mehr oder weniger den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen den Vertragsparteien darstellt. Wald wird alleine über die Größe (0,5 ha bis 1 ha Mindestfläche), die Bedeckung mit Baumkronen (10 % bis 30 %) und die Höhe (2-5 m Mindesthöhe) definiert. Es findet so keine Unterscheidung zwischen Naturwäldern und Baumplantagen statt. So erhalten völlig unterschiedliche Ökosysteme die gleiche Bezeichnung und damit auch den gleichen Wert. Mindeststandards legen zwar fest, dass die Anlage einer Baumplantage durch Abholzung von Naturwäldern nicht als REDD+ gerechnet werden darf, die Anlage von Plantagen auf vormals gerodeten Flächen jedoch schon (Fatheuer 2015: 10-11).

Auf drei weitere Problembereiche, die für die Wirksamkeit von REDD+ von Bedeutung sind, hat die internationale Politik bis heute keine zufriedenstellende Antwort gefunden: Hierzu zählt zum einen die Frage, wie garantiert werden kann, dass der Schutz des Waldes an einer Stelle nicht einfach zu Entwaldung in einem Gebiet führt (das sogenannte „Leakage“-Problem). Zum Zweiten ist oft nicht eindeutig geklärt, ob die Entwaldungsrate nicht auch ohne REDD+ zurückgegangen wäre („Additionality“). Und zum Dritten kann auch nur schwer garantiert werden, dass der Walderhalt wirklich dauerhaft ist („Permanence“) (Fatheuer 2015: 16).

Die Finanzierung von REDD+: Ökonomisierung der Natur

Kernelement von REDD+ sind die ergebnisbasierten Zahlungen, die für den Waldschutz geleistet werden sollen. Die Finanzierung von REDD+ ist dementsprechend die wohl strittigste Frage bei den Verhandlungen. Von Beginn an wurde darüber diskutiert, REDD+ als Instrument in den Kohlenstoffmarkt, d. h. als Ablasshandel für klimaschädliche Industrien und Aktivitäten einzubinden. Ein solcher Kohlenstoffmarkt existiert bislang jedoch nur regional begrenzt wie beispielsweise über das Emissionshandelssystem in der EU. Für verschiedene Industriezweige und seit 2013 auch für den Luftverkehr ist die Teilnahme in der EU verpflichtend. Das Herzstück eines solchen Systems ist die jeweilige Obergrenze (cap). Sie legt fest, wie viele Treibhausgase

in einer festgelegten Periode von den erfassten Unternehmen und Betrieben ausgestoßen werden dürfen. Für diese (sich über die Zeit verringende Menge) erhalten sie Zertifikate bzw. müssen diese zunehmend ersteigern. Solche Zertifikate könnten dann auch über REDD+ generiert werden. Ein funktionierender Kohlenstoffmarkt war ursprünglich als Hauptfinanzierungsquelle für REDD+ gedacht. Gegenwärtig scheint es eher unwahrscheinlich, dass sich in absehbarer Zeit ein Kohlenstoffmarkt etablieren wird, der REDD+-Zertifikate in nennenswertem Umfang aufnehmen könnte (KfW, 2012: 3).

Das Ziel, REDD+ langfristig als marktbasierter Mechanismus zu etablieren, bleibt ein wichtiger Streitpunkt zwischen den verschiedenen Akteuren. Hinter dem Stichwort Ökonomisierung der Natur verbirgt sich die meist kritisch beleuchtete Sichtweise, dass bestimmten Dienstleistungen der Natur ein Geldwert beigemessen wird. So kann man berechnen, was es kosten würde, wenn die Bestäubung von Blüten nicht mehr durch Bienen erfolgen würde sondern durch menschliche Arbeitskraft ersetzt werden müsste. REDD+ folgt dieser Logik, indem es die Menge des im Wald gespeicherten Kohlenstoffs bewertet. Was aber ist ein angemessener Preis für eine Tonne CO₂? Der Marktwert für die Tonne CO₂ ergibt sich letztendlich aus dem Ausmaß der Verknappung, das über das Reduktionsziel festgelegt wurde: Werden hohe Reduktionsziele festgelegt, müssen schmutzige Industrien viele CO₂-Zertifikate zukaufen und der Preis verteuert sich. Sind die Ziele zu wenig ambitioniert oder Unternehmen nicht verpflichtet, sinken die Preise. Noch kritischer aber wird gesehen, dass der Wert des Waldes bei REDD+ allein über den Kohlenstoffgehalt gemessen wird. Andere Aspekte fallen dabei unter den Tisch: Welchen Wert haben beispielsweise die Artenvielfalt oder die kulturelle Bedeutung von Natur?

Ob REDD+-Zertifikate tatsächlich wirtschaftlich nutzbringender sind als die alternative Verwendung hängt aber nicht nur vom Preis für das Zertifikat ab sondern auch davon, welches die Alternative ist. Der großflächige Anbau von Ölpalmen oder Soja dürfte mit Sicherheit um einiges lukrativer sein als der Waldschutz und der Erlös, der damit zu erzielen ist. Damit wird es aber schwer, über ein Instrument wie REDD+ die wichtigsten Ursachen der Entwaldung in den Griff zu bekommen. Denn die Haupttreiber der Entwaldung sind vor allem die großen Agrokonzerne. Für sie aber lohnt sich der Walderhalt nicht, solange andere Formen der Nutzung (Holzeinschlag und/oder Plantagenwirtschaft) viel lukrativer sind (Fatheuer 2015: 19).

Auswirkungen von REDD+ auf indigene Völker

Neben den vielen internationalen Akteuren waren auch viele indigene Organisationen zu Beginn diesem Instrument gegenüber sehr positiv eingestellt, denn vor allem die Hoffnung auf Einnahmen, mit denen der Erhalt ihrer traditionellen Gebiete ermöglicht werden sollte, hat große Erwartungen geweckt. Die „Goldgräberstimmung“ im Waldbereich hat zur Gründung neuer Unternehmen beigetragen, bestehende Organisationen haben die Entwicklung von REDD+-Projekten in ihr Portfolio aufgenommen. Mittlerweile ist eine gewisse Ernüchterung auf dem Markt eingetreten, unter anderem da der Preis für Emissionszertifikate aufgrund des Überangebotes sehr niedrig ist.

Nach den ersten Pilotprojekten und deren Evaluierung werden auch viele Probleme deutlich, vor allem für indigene Gemeinden. Zahlreiche indigene Gemeinden wurden von einzelnen Unternehmen und NRO direkt kontaktiert und mit großen Versprechungen zur Unterzeichnung von Verträgen gedrängt, deren Auswirkungen für sie nicht zu überblicken waren. Darunter befinden sich auch klare Betrugsversuche wie seitens des Unternehmens „Sustainable Carbon Resources Limited“ mit Sitz in Hongkong, das mit dem Volk der Matsés in Peru Verträge abschließen wollte, mit denen ihm Exklusivrechte für die Nutzung und den Handel der aus ihrem Gebiet (420.000 ha) generierten Emissionszertifikate zugesprochen worden wären (Visseren-Hamakers et al. 2013: 6). Dem irischen Unternehmen „Celestial Green Ventures“ ist es hingegen gelungen, mehrere Verträge mit indigenen Gemeinden abzuschließen: So beispielsweise im Jahr 2011 mit einem Teil der VertreterInnen des Volkes der Munduruku in Brasilien über die Nutzung von Emissionszertifikaten aus ihrem Gebiet (2,3 Mio. ha): Für eine 30-jährige Nutzung wurden 120 Mio. US-Dollar gezahlt. Bis März 2012 wurden über zehn weitere Verträge abgeschlossen – alle ohne juristische Grundlage, wie die Indianerbehörde FUNAI in einem Interview betonte (Publica 2012: o.S.).

Mittlerweile gibt es viele indigene Organisationen, die REDD+ lediglich als einen weiteren Versuch werten (wie Palmöl, Holzeinschlag oder Erdölförderung), sie von ihren traditionellen Gebieten zu vertreiben und die traditionelle Nutzung, die den Erhalt der Waldgebiete überhaupt erst ermöglicht hat, zu verbieten oder einzuschränken.

Die wichtigsten Gefahren von REDD+-Projekten für indigene Gemeinden sind:

- Mit dem Abschluss von Verträgen verpflichten indigene Gemeinden sich, den Erhalt der Wälder zu garantieren. Wenn allerdings diese Gebiete durch äußere Faktoren doch zerstört werden, müssten sie erhaltene Gelder zurückgeben. Damit besteht das Risiko, dass sie die Landtitel für ihre Gebiete gefährden.
- Bestehende Rechte aus der Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker wie z. B. das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung werden entweder gar nicht oder nur unzureichend eingehalten.
- Die mit vielen Versprechungen verbundene Information der Gemeinden führt oft zur Spaltung zwischen denjenigen, die sich Einnahmen aus dem Instrument erhoffen und denjenigen, die den Verlust ihrer Gebiete befürchten.

Das Klima-Bündnis hat deshalb seine Partnerorganisation COICA (Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens) seit 2011 dabei unterstützt, eine indigene Alternative RIA (REDD+ Indígena Amazónico - Indigenes REDD+) zu entwickeln. „Mit diesem Konzept begegnen wir dem globalen REDD+-Prozess und wandeln mögliche Bedrohungen in Chancen für indigene Völker und ihre Wälder um. Damit leistet RIA einen konkreten Beitrag zur Eindämmung der globalen Erwärmung“, erklärt die COICA.

Thomas Brose, Klima-Bündnis

REDD+ und indigene Völker

Eine grundlegende Schwäche von REDD+ ist auch der starke von oben greifende Ansatz (Top-down-Ansatz), der sich daraus ergibt, dass das Instrument über die internationalen Klimaverhandlungen in die Waldpolitik gelangt ist. So wird auf internationaler Ebene ein Konzept entwickelt, das zunächst einmal vor allem der Logik von Emissionsreduktionen folgt. Bei der Umsetzung auf nationaler und lokaler Ebene sollen dann zwar Schutzmaßnahmen für die dort ansässigen indigenen Gemeinden berücksichtigt werden. Trotz ihrer langen Geschichte der Zugehörigkeit zu den Wäldern, deren Schutz sie über viele Jahrhunderte gewährleistet haben, sind sie damit aber nicht der Ausgangspunkt, sondern vielmehr Objekt der neuen Waldpolitik. Ein

Ansatz von unten müsste darauf abzielen, die Rechte traditioneller Gemeinschaften zu stärken und so den Waldschutz voran zu bringen. Hierfür ließen sich aber offensichtlich nicht die gleichen milliarden schweren Summen mobilisieren wie für den Top-Down Ansatz mit der Aussicht auf marktbasierter Finanzierungslösungen (Fatheuer 2015: 12). Ein solcher Ansatz hätte zudem auch den Interessen der mächtigen Großgrundbesitzer und internationalen Konzernen zu sehr widersprochen.

Eine Untersuchung vieler REDD+-Projekte überall auf der Welt kommt zu dem Ergebnis, dass in nicht wenigen Fällen im Gegenteil sogar der Zugang zu Land eingeschränkt werden kann. Dies gilt insbesondere für solche Projekte, in denen CO₂-Zertifikate ausgestellt

werden. Denn selbst wenn Landtitel existieren, so verlieren die ansässigen Gemeinden oft die Kontrolle über die Nutzung für ihr Land, denn über die Zertifikate wird die Art der Nutzung vertraglich festgelegt; die Kontrolle gelangt damit in die Hände der ZertifikatsinhaberInnen (Kill 2015: 52). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch andere Studien, die die Umsetzung von REDD+ vor Ort untersucht haben. Zwar werde das Thema der Landrechte oft angegangen, ebenso oft aber können diese nicht wirklich geklärt werden (CIFOR 2015: 425, Howell / Bastiansen 2015: 11, s.a. Kasten).

Potenziale der REDD+-Anstrengungen für die Zukunft

Trotz aller Probleme bleibt festzuhalten, dass das politische Momentum für REDD+ zu einer neuen Dynamik im traditionell schwierigen Forst- und Landnutzungssektor geführt hat, zu einer verstärkten Öffnung für breite Stakeholderbeteiligung und einem sektorübergreifenden Dialog. Auch hat eine gesellschaftliche Debatte über Entwaldungsursachen und Gegenmaßnahmen begonnen - nicht nur in den Tropenwaldländern, sondern auch in den Industrieländern, die mit ihrem Konsumverhalten und globalen Wirtschaftspraktiken zu großflächiger Entwaldung beitragen.

Nach Meinung vieler ExpertInnen hängt den Erfolg von REDD+ in der Zukunft von mindestens drei Faktoren ab (Angelsen 2015: 413ff.):

- i) Entwicklungsländer sollen eine stärkere Eigenverantwortung übernehmen, um durch die Bemühungen um REDD+ eine Minderung von Waldemissionen zu erreichen;
- ii) KonsumentInnen-Initiativen sollen diese Bemühungen im Rahmen grüner Wertschöpfungsketten für nachhaltige Waldprodukte unterstützen und
- iii) Die Finanzierung soll groß genug sein, um Kompensation von Opportunitätskosten und Anreize für nachhaltige Waldwirtschaft zu schaffen.

REDD+ als Kompensationskonzept sollte sich vor allem auf die nationale Waldsektorpolitik beziehen. Die Politik muss in die Lage versetzt werden, Waldschutzmaßnahmen zu erlassen, ohne jeden Landbesitzer für den Schutz der Wälder entschädigen zu müssen: Es ist nicht zu verantworten, wenn hohe Summen aus der Entwicklungszusammenarbeit im Namen von REDD+ an die großen Treiber von Entwaldung, den großen Agrokonzernen, verausgabt werden. Insbesondere dann nicht, wenn Landrechtsfragen nicht geklärt sind. Große Unternehmen müssen über gesetzliche Regelungen an Entwaldung gehindert werden, nicht über Kompensationszahlungen, die allenfalls kleinen LandeignerInnen bereitgestellt werden können (Angelsen 2015: 411).

6 Schlussfolgerung und Empfehlungen

Auch wenn der Beitrag von Entwaldung und Waldschädigung an den globalen Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist, so bleiben Waldschutz und Aufforstung wichtige Elemente einer globalen Klimaschutzpolitik.

Zudem gehören sie zu den kosteneffizientesten Wegen zur Reduktion von Treibhausgasen. REDD+ hat über die Vorbereitungsphase dazu beigetragen, dass die Ausgestaltung eines günstigen Politikrahmens zum Schutz und Erhalt wichtiger Ökosysteme verbessert wurde. Hierzu gehören ein stärkeres Bewusstsein über die Bedeutung von intakten Waldgebieten für Mensch und Umwelt ebenso wie gute Gesetze und deren Einhaltung im Zusammenspiel mit anderen Sektorpolitiken (Landwirtschaft, Bergbau etc.). Sofern die Treiber von Entwaldung angegangen werden, hat REDD+ durchaus ein Potenzial, signifikant zur Reduzierung von Treibhausgasen im Landwirtschafts- und Forstbereich beizutragen.

- Wichtig wäre es in diesem Zusammenhang jedoch, eine einheitliche Definition von Wald und Waldschutz zu etablieren, die nicht als Folge von globalen politischen Handlungsprozessen und Konzessionen entsteht, sondern das Ergebnis einer wissenschaftlichen Analyse ist, die die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit enthält: die ökonomische, die ökologische und die soziale Dimension.

Vieles deutet darauf hin, dass der nationale Politik- und Gesetzesrahmen und deren Einhaltung insgesamt entscheidender sind für die Entwaldungsraten als lokale REDD+-Projekte. Dabei spielen auch andere Politikbereiche eine Rolle, wie beispielsweise Landwirtschaftspolitik oder Infrastrukturplanung. Die Kürzung von Agrar- oder Exportsubventionen für relevante Produkte wie Soja oder Palmöl oder die Verhinderung von Straßenbau in relevanten Waldgebieten haben einen größeren Effekt gerade auf die großen Treiber von Entwaldung als isolierte Waldschutzprojekte. Damit nati-

onale Waldschutzstrategien erfolgreich sind, müssen die jeweiligen Länder ein Eigeninteresse und eine Eigendynamik entwickeln.

- In Zukunft wird es für viele Länder daher auch von Bedeutung sein, wenn die mit Waldschutzmaßnahmen in Verbindung gebrachten Emissionsreduktionen als ihr Beitrag für den globalen Klimaschutz angerechnet werden. Denn gerade die wichtigen REDD+-Länder wie Brasilien oder Indonesien werden im Rahmen des internationalen Klimaschutzsystems schon bald ebenfalls Emissionsreduktionen vorweisen wollen oder sogar müssen (Angelsen 2015: 413-414).

Befürworter von REDD+ sehen noch immer die Finanzierung über Emissionszertifikate eng mit dem Instrument verbunden. Die Mobilisierung neuer Gelder über den Emissionshandel zur Finanzierung von Maßnahmen für nachhaltiges Waldmanagement ist aber mit Problemen behaftet. Die umfassende Einbeziehung von REDD+-Maßnahmen in den Kohlenstoffmarkt ist in absehbarer Zeit zwar höchst unwahrscheinlich, bleibt aber auf der Tagesordnung und wird in einigen Projekten auch praktiziert. Gerade die Finanzierung über Zertifikate bedeutet letztlich nur eine Verlagerung von CO₂-Emissionen und suggeriert, dass die internationalen Klimaszutzziele auch ohne ein verändertes Konsumverhalten in den reichen Ländern erreicht werden können.

- Die Finanzierung von REDD+ sollte auch in Zukunft über öffentliche Mittel gestaltet werden, denn Bindung von Kohlenstoff in Wäldern ist nicht zwingend dauerhaft. Naturkatastrophen oder Mutwilligkeit können die jetzt geschützten Wälder zerstören und Kohlenstoff freisetzen. Die Entwicklung neuer, kohlenstoffarmer und kostengünstiger Technologien ist langfristig ein sichererer Weg zur Reduktion von Treibhausgasemissionen. Die Finanzierung von REDD+ über den verpflichtenden Emissionshandel behindert den raschen Wandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise und Kurskorrekturen unseres Konsummodells.

Effektiver Waldschutz kann nur mit den lokalen Gemeinden, die in und von den Wäldern leben, erfolgen. Auch die Partizipation wichtiger Akteure der Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung effektiver Waldpolitiken. Das traditionelle Modell der Konzessionsvergabe an große Konzerne zur wirtschaftlichen Nutzung berücksichtigt diese Interessen oft nicht und begünstigt große Plantagen auf Kosten von KleinproduzentInnen. Die Sorgen der indigenen Gemeinden, Umweltorganisationen u.a. über entsprechende Schutzmaßnahmen sollten daher ernst genommen werden.



Aufforstung als wichtiges Element einer globalen Klimaschutzpolitik, Foto: CIFOR/Flickr.com

- REDD+ sollte stärker eine Strategie der Anerkennung und Sicherung der Rechte und Ressourcen indigener Völker sowie der TrägerInnen von historischen Rechten umsetzen. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Vorteile von REDD+ den eigentlichen EigentümerInnen des Waldes zu Gute kommen und dass die Biodiversität geschützt wird. Solche Rechte sollten, soweit es geht, verbindlich und einklagbar sein und nicht auf Freiwilligkeit setzen.

Wie bei der Debatte um die Green Economy insgesamt geht es auch beim Waldschutz im Grunde um einen Paradigmenwechsel: Die wichtigsten Treiber für die Waldzerstörung sind die extensive Viehzucht und der Agrobusiness, die auch unser gegenwärtiges Ernährungssystem prägen. Sie profitieren von dem gegenwärtigen marktbasierten Ansatz von REDD+ am meisten, ohne in einen wirklichen Waldschutz zu investieren. Wichtiger wäre es, die guten Erfahrungen aus Kooperationen mit lokalen Gemeinden zu stärken und einen rechtsbasierten Ansatz von unten zu fördern. Darüber hinaus sind auch die Umstellung unseres Ernährungssystems und die Reduktion von Fleischkonsum und Nahrungsmittelabfällen ein unerlässlicher Weg für einen effektiven Waldschutz.

7 Literaturverzeichnis

- Angelsen, Arild (2015): „REDD+: What should come next?“. In: Scott Barrett, Carlo Carraro Jaime de Melo (Hg.): Towards a Workable and Effective Climate Regime; S. 405-421; URL: <http://voxeu.org/sites/default/files/file/angelsen.pdf> (letzter Zugriff: 10.01.2017)
- Bellfield, Helen / Matt Leggett / Mandar Trivedi / Jeni Pareira / Adi Gangga (2016): Lessons from REDD+ for Achieving Water, Energy and Food Security in Indonesia; WCS Indonesia & Global Canopy Programme; URL: http://globalcanopy.org/sites/default/files/documents/resources/REDD%20Briefing%20Note_ENG.pdf (letzter Zugriff: 03.01.2017).
- BUND Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2016): Fleischatlas Deutschland Regional. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel; URL: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/massentierhaltung/massentierhaltung_fleischatlas_regional_2016.pdf (letzter Zugriff: 04.01.2017).
- CIFOR (2015): REDD on the ground; Center for International Forestry Research; URL: http://www.cifor.org/publications/pdf_files/books/BCIFOR1403.pdf (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- CIFOR (2011): The context of REDD+ in Brazil - Drivers, agents and institutions; Second edition Occasional Paper, Peter H. May, Brent Millikan, Maria Fernanda Gebara, Bogor, Indonesia; URL: http://www.cifor.org/publications/pdf_files/OccPapers/OP-55.pdf (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- DBFZ - Deutsches Biomasseforschungszentrum (2012): Monitoring zur Wirkung nationaler und internationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen auf die Marktentwicklung im Biokraftstoffsektor; URL: https://www.dbfz.de/web/fileadmin/user_upload/Berichte_Projektdateiabank/BMU-FKZ-03KB008.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2016).
- Europäische Kommission (2013): The impact of EU consumption on deforestation; URL: http://ec.europa.eu/environment/forests/impact_deforestation.htm (letzter Zugriff: 17.12.2016).
- FAO (2015): Graphik; URL: <http://www.fao.org/3/a-i4868e.pdf>; (Letzter Zugriff: 10.01.2017).
- FAO (2016): Global Forest Resources Assessment 2015: How are the world's forests changing? Second edition; URL: <http://www.fao.org/forest-resources-assessment/en/> (letzter Zugriff: 04.01.2017).
- Fatheuer, Thomas (2015): Die vermessene Natur - REDD: wie die Klimapolitik den Wald entdeckt und verändert; FDCL e.V. (Hg.); URL: https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2016/03/FDCL_REDD_web1.pdf (letzter Zugriff: 06.01.2017).
- FERN (2015): Stolen Goods. The EU's complicity in illegal tropical deforestation; URL: <http://www.fern.org/stolengoods> (letzter Zugriff 22.12.2016).
- FSC Forest Stewardship Council (2016): FSC Fact & Figures, December 5, 2016; URL: <https://ic.fsc.org/download.facts-figures-december-2016.a-6594.pdf> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- FSC (o.J.): Importance of forest stewardship. FSC works to improve forest management worldwide; URL: <https://ic.fsc.org/download.facts-figures-december-2016.a-6594.pdf> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- FSC Deutschland (2016): Revision des FSC-Standards; URL: <http://www.fsc-deutschland.de/de-de/zertifizierung/waldzertifizierung/revision-des-deutschen-fsc-standards> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- Government of Indonesia (2016): First Nationally Determined Contribution – Republic of Indonesia; URL: http://www4.unfccc.int/ndcregistry/PublishedDocuments/Indonesia%20First/First%20NDC%20Indonesia_submitted%20to%20UNFCCC%20Set_November%20%202016.pdf (letzter Zugriff: 06.01.2017).
- Grain (2011): Food and Climate change: The forgotten link; URL: <https://www.grain.org/article/entries/4357-food-and-climate-change-the-forgotten-link> (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- GRAIN (2014): REPORT May 2014 Hungry for Land - Small farmers feed the world with less than a quarter of all farmland; URL: <https://www.grain.org/article/entries/4929-hungry-for-land-small-farmers-feed-the-world-with-less-than-a-quarter-of-all-farmland#Table%201> (letzter Zugriff: 06.01.2017).
- GRAIN (2015): REDD Alert! How REDD+ projects undermine peasant farming and real solutions to climate change; URL: <https://www.grain.org/article/entries/5322-redd-alert-how-redd-projects-undermine-peasant-farming-and-real-solutions-to-climate-change.pdf> (letzter Zugriff: 06.01.2017).
- Greenpeace (2015): Kontrollierter Rinderwahnsinn. Beschaffungsrichtlinien verhindern Urwaldzerstörung; URL: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/kontrollierter-rinderwahnsinn> (letzter Zugriff: 17.12.2016).
- Grieg-Gran, Maryanne / Steve Bass / Francesca Booker / Mike Day (2015): The role of forests in a green economy transformation in Africa; UNEP (Hg.); URL: <http://www.unredd.net/documents/global-programme-191/redd-and-the-green-economy-1294/14609-the-role-of-forests-in-a-green-economy-transformation-in-africa.html> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- HBS Heinrich Böll Stiftung (2016): Marktkonformer Waldschutz (REDD+); URL: <https://www.boell.de/de/2016/10/10/marktkonformer-waldschutz-redd> (letzter Zugriff: 13.01.2017).

- Howell, Signe / Elna Bastiansen (2015): REDD+ in Indonesia 2010-2015 - Report of a Collaborative Anthropological Research Programme; University of Oslo; URL: <http://www.sv.uio.no/sai/bilder/publikasjoner/redd%2B-in-indonesia-2010-2015.pdf> (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- Kill, Jutta (2015): REDD: A Collection of Conflicts, Contradictions and Lies; World Rainforest Movement; URL: http://wrm.org.uy/wp-content/uploads/2014/12/REDD-A-Collection-of-Conflict_Contradictions_Lies_expanded.pdf (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau (2012): REDD – Q&A, Fachdialog 4; Juni 2012; URL: <https://www.kfw-entwicklungsbank.de/migration/Entwicklungsbank-Startseite/Entwicklungsfinanzierung/Sektoren/Naturressourcen-und-Tropenwald/REDD-Fachdialog-4-Fragen-und-Antworten.pdf> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- Lang, Chris (2014): Forest Stewardship Council certification does not guarantee reduced forest carbon emissions; URL: <http://www.redd-monitor.org/2014/02/19/forest-stewardship-council-certification-does-not-guarantee-reduced-forest-carbon-emissions/> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- Lawson, Sam (2014): Consumer Goods and Deforestation: An Analysis of the Extent and Nature of Illegality in Forest Conversion for Agriculture and Timber Plantations. Forest Trends (Hg.); URL: http://www.forest-trends.org/documents/files/doc_4718.pdf (letzter Zugriff: 15.12.2016).
- UNEP (2014): Building Natural Capital: How REDD+ can support a green economy; URL: http://apps.unep.org/publications/index.php?option=com_pmtdata&task=download&file=-Building_national_capital_%20how_REDD_can_support_a_Green_Economy-2014IRP-Full.pdf (letzter Zugriff 06.01.2017).
- Olbrei, Erik / Stephen Howes (2012): A very real and practical contribution? Lessons from the Kalimantan Forests and Climate Partnership; URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2041832 (letzter Zugriff: 30.12.2016).
- Publica (Hrsg.) (2012): FUNAI: “Os contratos com indígenas não têm validade”; URL: <http://apublica.org/2012/03/os-contratos-nao-tem-validade/> (letzter Zugriff 13.01.2017).
- Pokorny, Benno / Imme Scholz / Wil de Jong (2013): REDD+ for the poor or the poor for REDD+? About the limitations of environmental policies in the Amazon and the potential of achieving environmental goals through pro-poor policies; URL: <http://theredddesk.org/sites/default/files/resources/pdf/2013/es-2012-5458.pdf> (letzter Zugriff 06.01.2017).
- Pollock, Simon (2015): Will REDD+ help save Indonesia’s forest, or create ‘carbon cowboys’ instead?; Eco-Business, 25.08.2015; URL: <http://www.watchindonesia.org/16653/redd-indonesias-forest?lang=en> (letzter Zugriff: 03.01.2017).
- Sheil, Douglas / Anna Casson / Erik Meijaard / Meine van Noordwijk / Joanne Gaskell / Jacqui Sunderland-Groves / Karah Wertz / Markku Kanninen (2009): The impacts and opportunities of oil palm in Southeast Asia: What do we know and what do we need to know? Occasional paper no. 51. CIFOR; URL: http://www.cifor.org/publications/pdf_files/OccPapers/OP-51.pdf (letzter Zugriff: 20.12.2016).
- Visseren-Hamakers, Ingrid / Mona Wang / Wilde Jong / Benjamin Cashore (2013): How Can REDD+ Foster Local Rights and Livelihoods? Lessons and Insights from Peru; URL: www.iufro.org/.../Issues_Options_REDD_Peru_11_12_13_pdf (letzter Zugriff: 10.01.2017).
- WBGU Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltfragen (2014): Sondergutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung; URL: http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/sondergutachten/sn2014/wbgu_sg2014.pdf (letzter Zugriff: 13.01.2017).
- WWF World Wide Fund for Nature (2014): Fleisch frisst Land. http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Fleischkonsum_web.pdf (letzter Zugriff: 03.01.2017).
- WWF World Wide Fund for Nature (2015): WWF Living Forests Report: Chapter 5. Saving Forests at Risk. http://awsassets.panda.org/downloads/living_forests_report_chapter_5_1.pdf (letzter Zugriff: 04.01.2017).

Bitte schicken Sie mir:

- Publikation (Titel eintragen)
-
- Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl):
- Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- Einen aktuellen Jahresbericht
- Eine Publikationsliste
- Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und FördererInnen. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

Lastschriftinzug Überweisung Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

vierteljährlich halbjährlich jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

70 100 140 210

anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

250 500

anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

.....

anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft.
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

WC 13044

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

**Gläubiger-Identifikationsnummer
(CI/Creditor Identifier)**
DE27ZZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Ort, Datum

Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Ein neuer Maßstab für den Klimaschutz?

REDD+ als Instrument für nachhaltiges Waldmanagement

Ein effektiver Waldschutz ist für die Erreichung der weltweiten Klimaziele und die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C von großer Bedeutung. Auch wenn die Entwaldungsrate in den letzten Jahren rückläufig war und der Anteil des Wald- und Forstsektors an den weltweiten CO₂-Emissionen abgenommen hat, ist der Waldverlust vor allem in den Tropen noch immer besorgniserregend. Einer der wichtigsten Treiber ist hier die Agroindustrie, die in weiten Teilen auch für den Export nach Deutschland produziert.

REDD+ ist der Versuch einer offiziellen Antwort auf den weiter voranschreitenden Waldverlust. Die Abkürzung steht für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ (Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung). Mit Hilfe von REDD+ sollen Entwicklungsländer ermuntert werden, durch verbesserten Waldschutz und vermiedene Entwaldung einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Können sie nachweisen, dass sie den Wald erfolgreich geschützt haben, erhalten sie von den Industrienationen Geld für jede Tonne reduziertes CO₂. Das soll den finanziellen Anreiz für den Schutz der Wälder und deren finanzielles Gewicht in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erhöhen.

Doch so einfach die Idee klingen mag, so komplex und umstritten ist die Umsetzung. Vor allem die Frage der Finanzierung wird kontrovers diskutiert. Der Ansatz, REDD+-Maßnahmen über Emissionszertifikate für den internationalen Kohlenstoffmarkt zu finanzieren, stößt auf Kritik. Unterschiedlich wird auch die Frage bewertet, wie die in den Waldgebieten lebenden, oft indigenen Gemeinden einbezogen werden sollen. Trotz Schutzklauseln werden sie oft in ihren Rechten zur Nutzung der Wälder eingeschränkt.

Der Erfolg von REDD+ wird sich letztlich aber auch daran messen lassen müssen, ob das Instrument in der Lage ist, die größten Treiber der Entwaldung, allen voran die Agroindustrie, in die Schranken zu weisen.

Bezug:
SÜDWIND e.V. – Institut für
Ökonomie und Ökumene
Preis: 5,00 Euro
Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

